

Geschäftsbericht 2006: Der Wirtschaftsaufschwung hat sich noch nicht ausbezahlt!

angestellte bern – Dachorganisation der Angestelltenverbände

In der 1948 gegründeten Vereinigung Bernischer Angestelltenorganisationen VBA, heute „angestellte bern“, sind folgende Verbände mit rund 35'000 Mitgliedern organisiert:

BSPV	Bernischer Staatspersonalverband	www.bspv.ch
FGS	Fachleute Geomatik Schweiz, Sektion Bern	www.pro-geo.ch
KV	Kaufmännischer Verband Kanton Bern	www.kvbern.ch
LEBE	Lehrerinnen und Lehrer Bern	www.lebe.ch
LVB	Laborpersonalverband Bern	www.laborpersonal/slv/sektionen/bern
SBGRL	Schweizer Berufs- und Fachverband der Geriatrie-, Rehabilitations- und Langzeitpflege, Sektion Bern	www.sbgrl.ch
SBK	Schweizerischer Berufsverband der Pflegefachfrauen und der Pflegefachmänner, Sektion Bern	www.sbk-be.ch
VSAO	Verband schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte	www.vsao-be.ch

1. Politische Tätigkeiten

1.1. Kantonale Abstimmungen

Im Bereich der öffentlichen Hand waren die Vorjahre geprägt durch die Auseinandersetzungen im Personalrecht. Die Referendumsabstimmungen zum Personalgesetz, zum Lehreranstellungsgesetz und zum Spitalversorgungsgesetz schlossen die Reihen der Personalverbände und zeigten gemeinsame Interessen auf.

Auf kantonaler Ebene nahmen die Stimmberechtigten die Reform der dezentralen Verwaltung und die Justizreform an. angestellte bern bezog zu diesen Neustrukturen nicht ausdrücklich Stellung, obwohl ein ansehnlicher Teil des Kantonspersonals davon betroffen ist. Personalpolitisch relevant wird die Umsetzung der Verfassungsänderungen sein.

1.2. Gesetzesrevisionen

Wegen einer grossrätlichen Motion zu den Einstiegsgehältern für Lehrkräfte musste das Lehreranstellungsgesetz erneut revidiert werden. Die entsprechende Lehreranstellungsverordnung (LAV) befindet sich in einem schwierigen, weil folgenschweren Erarbeitungsprozess. Beide Erlasse sollen auf den 1. August 2007 in Kraft treten.

Wohlvollend steht angestellte bern auch dem vom Grossrat zuhanden der Volksabstimmung 2007 verabschiedeten Polizeigesetz gegenüber, das einen Zusammenschluss von Gemeindepolizeien und der Kantonspolizei unter einem Dach bringen wird.

Personalpolitisch relevant ist ebenfalls das neue Gesetz über Handel und Gewerbe. Für das Personal konnte die Pflicht zum Abschluss eines Normalarbeitsvertrags (NAV) erreicht werden.

Auf sehr grosse Skepsis stösst die im Jahr 2006 erarbeitete Steuergesetzrevision, die dem Grossen Rat im Januar 2007 vorgelegt werden soll. Mit einer Entlastung des Mittelstandes und der Familien werden wohl berechnete Anliegen verfolgt, die sich auf die Angestellten mehrheitlich positiv auswirken. Da die Vertretungen der Wirtschaftsverbände gleichzeitig eine überraschende Senkung der Vermögens- und der Unternehmersteuern anstreben, steht eine harte Auseinandersetzung bevor.

1.3. Initiativen und Referenden

angestellte bern trat dem Komitee für Tagesschulen bei und genehmigte für die Sammlungsphase einen Beitrag von Fr. 2'000.-. Da die Initiative unter dem Grosseinsatz von LEBE erfolgreich zustande gekommen und eingereicht worden ist, wird im Falle einer Volksabstimmung ein weiterer Beitrag zu genehmigen sein.

1.4. Pensionskassen

Die Bernische Pensionskasse (BPK) und die Bernische Lehrerversicherungskasse (BLVK) haben ihre Geschäftsjahre gut abgeschlossen. Die BPK hat auf den 1. Januar ihr Leistungsreglement verschärft. Im Berichtsjahr wurde das BPK-Gesetz revidiert, und wird im Jahr 2007 dem Grossen Rat unterbreitet. Die Beiträge werden fast für alle erhöht. Zudem wird im Projekt FUTURA die Primatfrage für beide Kassen des Kantonspersonals in Frage gestellt.

1.5. Nationale Abstimmungen

Auf Bundesebene wurde das Bundesgesetz über die Familienzulagen erfreulicherweise angenommen. Es wird Sache der Verbände sein, überall dort, wo zur Zeit höhere Beiträge bezahlt werden, diesen Status quo halten zu können.

Die Neuordnung der Verfassungsartikel zur Bildung wurde fast diskussionslos vom Volk angenommen und wird von angestellte bern begrüsst.

1.6. Öffentlichkeitsarbeit

angestellte bern ist bestrebt, seine Haltung in angestelltpolitischen Fragen der Öffentlichkeit vermehrt zu dokumentieren. Die Geschäftsleitung hat deshalb beschlossen, künftig bei personalrelevanten Themen Stellung zu beziehen.

Zur nationalen Abstimmung vom 26. November 2006 wurde eine Medienmitteilung zu den Vorlagen Kohäsionsmilliarde und Familienzulagegesetz verfasst. Eine Kurzmitteilung wurde in den Tagesmedien publiziert. Zudem erfolgten erstmals Testimonialinserate.

1.7. Wahlen

Im Berichtsjahr fanden die Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Unter dem Titel „Trümpfe für Bern“ wurden den Verbandsmitgliedern personalfreundliche Kandidierende zur Wahl empfohlen, die von den angeschlossenen Teilverbänden gemeldet worden waren. Ein Wahlausschuss unter der Leitung von BSPV-Präsident Roland Seiler koordinierte die Wahlunterstützung. 13 der 17 Vorgeschlagenen wurden gewählt, Andreas Rickenbacher gleichzeitig auch in den Regierungsrat. Dies ist ein ausgezeichnetes Resultat, das die Stärke unseres Dachverbandes manifestiert. Gewählt wurden in alphabetischer Reihenfolge:

- Annemarie Burkhalter, SBK, SP
- Matthias Burkhalter, BSPV, SP
- Heinz Dätwyler, Angestelltengruppe (LEBE), EVP
- Christophe Gagnebin, LEBE, SP
- Niklaus Gfeller, Angestelltengruppe (LEBE), EVP
- Irene Hänsenberger, LEBE, SP
- Christine Häsler, KV, GFL
- Irene Marti, SBK, SP
- Markus Meyer, BSPV, SP
- Andreas Rickenbacher, KV, SP
- Marianne Streiff, LEBE, EVP
- Béatrice Stucki, KV, SP

- Johanna Wälti, KV, GFL

Nebst Andreas Rickenbacher (KV und BSPV) wurde mit Philippe Perrenoud (BSPV) ein zweites Verbandsmitglied in den Regierungsrat gewählt. Dass die neue Regierung mit einer parteipolitisch mehrheitlich angestelltenfreundlichen Zusammensetzung positive Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen aller Angestellten im Kanton Bern hat, wird sich bis Ende Legislatur hoffentlich bestätigen. Im Berichtsjahr wurde vom ZV ein Wahlausschuss unter dem Vorsitz von Fabio Tanner eingesetzt, der eine starke Personalvertretung in den Nationalratswahlen 2007 sicher stellen soll.

1.8. Angestelltengruppe im Grossen Rat

In jeder Session treffen sich die Grossrätinnen und Grossräte der Angestelltengruppe zu einem Arbeitessen. An diesen Zusammenkünften werden die jeweiligen aktuellen Geschäfte mit anstellungs- oder bildungspolitisch relevanten Inhalten diskutiert und die unterschiedlichen Positionen der Parteien ausgetauscht.

Der Vorsitz wechselte auf die neue Legislatur von Fabio Tanner zu Irene Hänzenberger.

Die Gruppe ist zusammengesetzt aus rund 15 Grossrätinnen und Grossräten verschiedener Parteien. Dabei ist es das erklärte Ziel, dass möglichst alle Parteien repräsentiert sind, um die Anliegen der Angestellten in die jeweiligen Fraktionen hinein zu tragen. Nach den Neuwahlen hat sich die Zusammensetzung verändert. Die definitive Konstituierung steht noch aus, da insbesondere die FDP und die SVP nach den Wahlen nicht mehr vertreten sind, aber unbedingt vertreten sein sollten¹.

Hauptthemen waren anstehende Gesetzesvorlagen und parlamentarische Vorstösse.

2. Verbandstätigkeit

2.1. Geschäftsleitung (GL)

Die GL hat im Berichtsjahr fünf Sitzungen abgehalten. Aufgabe der Geschäftsleitung ist neben dem sehr nützlichen Informationsaustausch unter den angeschlossenen Berufsverbänden die Abfassung von Vernehmlassungen sowie die Repräsentation der Dachorganisation an Anlässen (z.B. Bernische Lehrstellenkonferenz). Die Geschäftsleitung ist aber auch in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen des Kantons vertreten (siehe Kapitel 4).

2.2. Zentralvorstand (ZV)

Der ZV, in dem alle angeschlossenen Verbände vertreten sind, traf sich im Berichtsjahr zu 3 Sitzungen.

Da im Berichtsjahr der Verband „Angestellte Schweiz“ mit rund 37'000 Mitgliedern aus der Maschinenindustrie sowie der chemisch-pharmazeutischen Industrie neu gegründet wurde, nahm der ZV Abklärungen zum Titelschutz vor. Der Titel „angestellte bern“ ist nicht gefährdet. Es ist jedoch nicht offensichtlich, dass unser Dachverband nicht die Berner Vertretung von „Angestellte Schweiz“ ist. Mit neuen Verbänden soll Kontakt aufgenommen werden bezüglich einer Mitgliedschaft. Die Mittelbauvereinigung der Universität Bern wurde nach einem Vorgespräch offiziell zum Beitritt eingeladen. Der Verband erteilte bisher noch keine Antwort.

Der ZV hat beschlossen eine Dokumentation über den Dachverband erstellen zu lassen, da dieser nach wie vor in der Öffentlichkeit und von den Medien zu wenig wahrgenommen wird.

Der ZV hat eine Umfrage zu den Mitgliederbeiträgen der Teilverbände durchgeführt, da die Abgaben an den Dachverband nicht einheitlich erfolgen.

Der ZV hat in Aussicht genommen, ein Personalrating der Grossräte zu erstellen, wenn der Aufwand im Rahmen bleibt. Vorbild ist das untaugliche Grossratsrating des HIV, das auf grosses Medieninteresse stösst.

2.3. Delegiertenversammlung (DV)

Die Delegiertenversammlung fand in Köniz statt. Im Mittelpunkt standen die Grossratswahlen. Die Kandidierenden wurden durch Fabio Tanner den Anwesenden präsentiert. Die statutarischen Geschäfte wurden diskussionslos genehmigt. Die Verabschiedung der verdienten Geschäftsführerin Irene Hänzenberger wurde später nachgeholt, da ihre neue berufliche Ausrichtung ihr eine Sitzungsteilnahme

¹ Die Angestelltengruppe wurde zwischenzeitlich verstärkt durch Annelise Vaucher, SVP (BSPV) und Ernst Fischer, FPD (Kontaktperson).

nicht erlaubte. Die 30 Versammlungsteilnehmenden wurden vom Könizer Gemeindepräsidenten Luc Mentha begrüsst und der Grossteil führte die Diskussionen im Anschluss an das gemeinsame Essen weiter.

2.4. Geschäftsstelle

Die Geschäftsführung wechselte am 1. Januar 2006 von LEBE zum BSPV. Neuer Geschäftsführer ist Matthias Burkhalter, Geschäftsführer des BSPV. Er ersetzt Irene Hänsenberger. Die Kassenführung wird von Esther Ritter, BSPV, übernommen.

Die Geschäftsstelle ist zuständig für die Protokollführung aller Gremien, die Korrespondenz und das Rechnungswesen. Die Homepage wurde im Berichtsjahr angepasst und erweitert. Ein Schwerpunkt ist auch die Koordination der Vernehmlassungen, die sich auf die Vorarbeiten der Verbände stützen. Die Geschäftsführung von angestellte bern stellt für den Verband, der diese Aufgabe übernimmt, jeweils eine erhebliche Belastung dar.

3. Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund des Kantons Bern

Während mehrerer Jahre traf sich eine Delegation der Geschäftsleitung von angestellte bern mit einer Delegation des Gewerkschaftsbundes Kanton Bern. Diese Treffen dienten vor allem dem Informationsaustausch und der Koordination wichtiger kantonaler Themen. Im Berichtsjahr fand eine letzte Sitzung im März statt. Da das Präsidium des GKB gewechselt hat, wurden die Zusammenkünfte vorerst eingestellt. Da der GKB mit seinen 55'000 Mitgliedern und angestellte bern mit 35'000 Mitgliedern gewichtige Organisationen sind, ist eine Neuaufnahme der Kontaktgespräche anzustreben.

4. Mitarbeit in kantonalen Gremien

4.1. Volkswirtschaftskommission

Unter dem Titel „Pakt für den Kanton Bern“ hat eine Arbeitsgruppe Legislaturziele veröffentlicht, die gleichsam von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite getragen werden. Mit dem neuen Volkswirtschaftsdirektor wird es voraussichtlich keine wesentlichen Verschiebungen bei den grossen Leitlinien geben.

4.2. Berufsbildungsrat (BBR)

Der Lehrstellenbericht wurde verabschiedet. Weitere Themenschwerpunkte waren die Lehrstellenförderung, Schulratswahlen und die Jugendarbeitslosigkeit. Die 1. Bernische Berufsbildungskonferenz unter der Führung des neuen Erziehungsdirektors und unter Mithilfe des neuen Volkswirtschaftsdirektors hat einen guten Eindruck hinterlassen.

4.3. Kantonale Arbeitsmarktkommission (KAMKO, Tripartite Kommission)

Hauptthemen waren der Aufbau und die Konsolidierung der Organisation gegen Lohndumping und Schwarzarbeit. Ein weiterer Schwerpunkt war auch die Aufsicht über Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit. Nach dem Inkrafttreten der bilateralen Verträge ist kein grosser Andrang von ausländischen Arbeitskräften zu vermerken.

4.4. Kommission kantonales Kinderzulagengesetz

Im Vorfeld der Annahme des Bundesgesetzes über die Familienzulagen befasste sich die Kommission mit der Vorbereitung der erforderlichen Revision des kantonalen Gesetzes über die Kinderzulagen.

4.5. Sozialpartnerggespräche

FIN/ERZ: Es fanden drei Sozialpartnerggespräch statt. Es wird insbesondere gefordert, dem Staatspersonal die fünfte Ferienwoche endlich zu gewähren. Beim Lohnsummenwachstum konnte endlich die SAR-Einschränkung auf 1% aufgehoben und ein Lohnsummenwachstum von 2% ausgehandelt werden. Die ausserordentlichen Lohnrestriktionen beim Staatspersonal während der letzten 10 Jahre haben dazu geführt, dass akute Rekrutierungsschwierigkeiten bestehen.

VOL: Tagesthemen wie der Swissmetal-Konflikt wurden ebenso behandelt wie grundsätzliche Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, Orientierung Aufgabendialog und Wachstumsstrategie.

GEF: Die Verbände wiesen auf die steigende Belastung des Personals sowie den bereits sich abzeichnenden Mangel an diplomiertem Pflegepersonal hin. Die aus der VAP-Studie resultierenden notwen-

digen Massnahmen wurden ungenügend umgesetzt. Die Schaffung von zusätzlichen Stellen sowie die Anpassung der Löhne der langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen weiterhin. Die Forderung, dass die VAP-Zulagen im Lohn verankert werden, besteht nach wie vor.

4.6. Spitalversorgungskommission

Die im Frühjahr 2006 gewählte Spitalversorgungskommission hat drei Sitzungen abgehalten. Die folgenden Traktanden wurden behandelt: Versorgungsplanung 2007-2010; Vorstellung und Vorgehen bei der Anhörung; Bildung eines Fachausschusses ‚hochspezialisierte Medizin‘ und eines Fachausschusses ‚Mindestmengen‘, der letztere im Rahmen der Diskussion über Qualitätsanforderungen.

5. Kantonale Vernehmlassungen

angestellte bern erhält alle kantonalen Gesetzesentwürfe zur Vernehmlassung. Der Verband hat im Jahr 2006 mit folgenden Vernehmlassungen Stellung bezogen:

- Polizeigesetz
- Gesetz über die Anstellung der Lehrkräfte
- Gesetz über die Bernische Pensionskasse
- Steuergesetz
- Schuldenbremse für den Kanton Bern (Verfassungsänderung)
- Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (Konkordat HarmoS); Anschluss an Vernehmlassung LEBE

Keine Vernehmlassung wurde eingegeben bei:

- Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)
- Gesetz über das Steuergericht
- Teilrevision des Abfallgesetzes
- Teilrevision des Finanzkontrollgesetzes
- Teilrevision Strassenbaugesetz (Raumplanung)
- Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich

6. Ausblick

Die wirtschaftlichen Bedingungen wirken sich positiv auf die Beschäftigungs- und Ertragslage von Unternehmen und auch auf die öffentliche Hand aus. Die Arbeitslosigkeit wird weiter sinken. Die durch Effizienzsteigerungen und die verbesserte Wirtschaftslage erzielten Mehrwerte werden aber nur teilweise an die Arbeitnehmer weitergegeben. Der Einsatz für die Arbeitsbedingungen der Angestellten im Kanton Bern wird auch im Jahr 2007 mit aller Vehemenz notwendig sein.

Bern, Januar 2007

Anhang

Mitglieder der Geschäftsleitung

Präsidentin
Vizepräsidentin
Geschäftsführer

Marianne Streiff, Grossrätin, LEBE-Mitglied
Barbara Dätwyler, SBK-Präsidentin
Matthias Burkhalter, Geschäftsführer BSPV,
Grossrat

Mitglieder

Gsteiger Brigitte, Geschäftsführerin LEBE
(ab 22. Juni 2006)
Irene Hänsenberger, Grossrätin, Geschäftsführerin LEBE
(bis DV 2006)
Fabio Tanner, Geschäftsführer KV Bern, (Grossrat bis 31.
Mai 2006)

Zentralvorstand

Marianne	Streiff	LEBE
Fabio	Tanner	KV Bern
Matthias	Burkhalter	BSPV
Barbara	Dätwyler	SBK Sektion Bern
Brigitte	Gsteiger	LEBE (ab DV 2006)
Irene	Hänsenberger	LEBE (bis DV 2006)
Esther	Kirchhofer	SBGRL
Rosmarie	Glauser	VSAO
Bernhard	Jost	FGS
Simon	Lüthi	LVB (bis Juni 2006)
Werner	Graber	LVB (ab Juni 2006 ohne Stimmrecht)

Geschäftsstelle

Angestellte bern, Postfach 533, 3000 Bern 8, Tel 031 311 11 66, Fax 031 311 11 18
info@angestellte-bern.ch, www.angestellte-bern.ch